

Was so nicht in der Presse stand (4)

In der Ausgabe der taz vom 16.11.2018 ging es um ein rechtes Untergrundnetzwerk, die NSU Morde und einen Ritterorden. „Obskure Ritterorden“, das sei hier kurz angemerkt, sind für die taz übrigens: Malteser, Johanniter und die Lazarus Union und sie gaben später schriftlich zu, dass es zu den NSU Morden keinen Zusammenhang gab, aber es zeigte Wirkung, auch wenn nie belegt wurde, was politisch „rechts“ an UNITER sein sollte. Das Framing stand. Gleichzeitig mit diesen Trigger Begriffen sprangen die Clickzahlen der eher marginalen Zeitung in die Höhe.

Bei UNITER führte die Berichterstattung zu einem Anstieg der Mitgliederzahlen auf rund 2.100. In Sorge, dass sich darunter einige befinden könnten, die sich durch die irreführende Berichterstattung erst angezogen gefühlt haben, verschärften auch wir die Aufnahmebedingungen (zwei Bürgen, schriftliche Erklärung der Ablehnung von Extremismus usw.). In unserem Stufenmodell muss sich jedes Mitglied durch sein ehrenamtliches Engagement bewähren, um weiter aufzusteigen, so dass wir für die Mitglieder in den höheren Stufen eine Garantie geben können, dass sie absolut vertrauenswürdig sind. Ein Verstoß gegen die Vereinssatzung führt zum Ausschluss. Zweifelsfälle bei den Mitgliedsanträgen wiesen wir umgehend ab. Zugleich blieben wir bei der Maxime, Vorgänge im Umfeld des Vereins, die uns bekannt wurden, an die jeweils zuständigen Behörden weiterzugeben.

Während wir sicher sind, dass im Inneren des Vereins alle Mitglieder die Satzung, das Grundgesetz und die Charta der Vereinten Nationen vertraten, entwickelten wir uns durch die Presseberichterstattung unfreiwillig zu einem Magneten, so dass die Behörden in aller Ruhe um uns herum „abfischen“ konnten. Da dies nicht der Sinn eines gemeinnützigen Vereins sein kann, haben wir uns intensiv um ein anderes Bild in der Presse bemüht. Einige Journalisten nahmen an Veranstaltungen teil. Über 80 Interviews und Hintergrundgespräche wurden von diversen Mitgliedern geführt, allein 50 nur von André S. Es gab drei autorisierte Interviews mit ihm, die zwar in Redaktionen heftige Diskussionen auslösten, deren Veröffentlichung aber schlussendlich durch die Chefredaktionen unterbunden wurde. Eine Mauer des Schweigens.

Es blieb bei einem einseitigen Pressekrieg, der jedoch weniger auf den Verein zielt, als auf diejenigen Mitglieder, die aus den Behörden und dem Militär stammen. Egal, ob Statements der Bundesregierung, Geheimdienste, Landesregierungen usw. vorlagen, sie fanden keine Berücksichtigung. Einzelne Politiker schalteten sich ein und versuchten maßgeblich Einfluss auf die behördliche Beurteilung der Vereinsaktivitäten zu nehmen. Das gilt bis zum heutigen Tag.

Lesen Sie in Teil 5, welche Mittel eingesetzt wurden.